

**Die Auswirkungen der Pandemie dämpfen  
Maßnahmen des Sozialreferats/Stadtjugendamt für  
Kinder, Jugendliche und deren Familien**

---

**Ergänzung vom  
05.12.2022**

---

**Streetwork II – zusätzliche Stellen für Streetwork  
in Freiham**

BA-Antrags-Nr. 20-26 / B 03755 des  
Bezirksausschusses des Stadtbezirks 22 –  
Aubing-Lochhausen-Langwied vom 16.03.2022

**Stärken von Strukturen und Einrichtungen zur  
Gewaltprävention III – Auswirkungen der  
Pandemie dämpfen**

Antrag Nr. 20-26 / 03384 von der Stadtratsfraktion DIE  
LINKE. / Die PARTEI vom 29.11.2022

**Stärken von Strukturen und Einrichtungen zur  
Gewaltprävention I – Junge Menschen**

Antrag Nr. 20-26 / 03382 von der Stadtratsfraktion DIE  
LINKE. / Die PARTEI vom 29.11.2022

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 06587**

2 Anlagen

**Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses in  
der gemeinsamen Sitzung vom 06.12.2022 (VB)**

Öffentliche Sitzung

Im Nachgang zur bereits versandten Beschlussvorlage übermittelt das Sozialreferat noch  
zwei Stadtratsanträge von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom  
29.11.2022.

Das Sozialreferat nimmt zu den Stadtratsanträgen wie folgt Stellung:

## **1 Stärken von Strukturen und Einrichtungen zur Gewaltprävention III – Auswirkungen der Pandemie dämpfen**

Der Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI (Antrag Nr. 20-26 / 03384, Anlage 1) nimmt noch einmal die drei wesentlichen Bereiche der Beschlussvorlage „Die Auswirkungen der Pandemie dämpfen, Maßnahmen des Sozialreferats/Stadtjugendamt für Kinder, Jugendliche und deren Familien“ in den Blick.

Innerhalb dieser Bereiche werden Maßnahmen gewünscht, die in der Beschlussvorlage umfänglich dargestellt werden und mit den bestehenden Anträgen der Referentin aufgegriffen sind:

1. Erweiterung von Gewaltpräventionsprojekten und Projekten, die die Klassengemeinschaft stärken:
  - zu Gewaltprävention (Antragsnummer 2 und 3)
  - zu Projekten zur Stärkung der Klassengemeinschaft (Antragsnummer 4)
  - zu Streetwork (Antragsnummern 5, 6, 7, 8) und zur Jugendgerichtshilfe (Antragsnummern 10, 11, 12)
2. Belastete Familien stärken u. a. durch Qualifizierung der Frühen Hilfen zum Thema Resilienz sowie Kinder- und Jugendschutz zum Thema Medienkonsum:
  - zu Frühe Hilfen (Antragsnummer 16)
  - zum Präventionsprogramm HIPPY (Antragsnummern 13 und 14)
3. Die Regionale Vernetzung wieder auf- und ausbauen: Unterstützung des Engagements von Jugendlichen für Gleichaltrige, der Vernetzung von REGSAM, von temporären Aktionsbudgets und von ausgewählten Bildungsprojekten, wie z. B. #zusammenstärker und „Taktvoll lernen“ (Antragsnummern 26, 27, 28, 29, 30)

## **2 Stärken von Strukturen und Einrichtungen zur Gewaltprävention I – Junge Menschen**

Der Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI (Antrag Nr. 20-26 / 03382, Anlage 2) beinhaltet drei im Eckdatenbeschluss angemeldete Themen, über die wie folgt zu informieren ist:

### **2.1 Innovationsorientierte und präventive Arbeit mit sexuell grenzverletzenden Jungen\* bis 13 Jahre (KIBS) (Punkt 202 EDB)**

Die Thematik wurde im vorliegenden Beschluss „Die Auswirkungen der Pandemie dämpfen, Maßnahmen des Sozialreferats/Stadtjugendamt für Kinder, Jugendliche und deren Familien“ aufgegriffen.

## **2.2 „Platz da für Mädchen\* und junge Frauen“ (Punkt 222 EDB)**

Das Einbringen dieser Thematik ist für den Kinder- und Jugendhilfeausschuss im Januar vorgesehen.

## **2.3 Geschlechtsspezifische Schulprojekte bei Amanda und Goja ausbauen (Punkt 233 EDB)**

Die Träger der geschlechtsspezifischen Schulprojekte (Amanda und Goja) sind einbezogen in die im vorliegenden Beschluss aufgegriffenen Maßnahmen zur Gewaltprävention und Stärkung der Klassengemeinschaft. Sie werden diese Maßnahmen in bewährter Praxis geschlechtsspezifisch anbieten.

Es werden daher zwei weitere Punkte in den Antrag der Referentin aufgenommen. Der gesamte Antrag der Referentin lautet danach wie folgt:

### **Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss beschließt:**

1. Es wird zugestimmt, dass die dargestellten Bedarfe unplanbar und unabweisbar gem. Art. 69 Abs. 1 Nr. 1 GO sind.

### **Zuschussmittel Gewaltprävention/Mobbingintervention**

2. Der Förderung freier Träger und der damit verbundenen Ausweitung (Personalzuschaltung und Sachkosten freie Träger) der bestehenden Projekte im Bereich Gewaltprävention/Mobbingintervention und der Ausweitung und Förderung der schulischen Gewaltpräventionsprojekte und Projekte zur Klassengemeinschaft wird zugestimmt.
3. Das Sozialreferat wird beauftragt, die erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für den Zuschuss für die Ausweitung (Personalzuschaltung und Sachkosten freie Träger) der bestehenden Projekte im Bereich Gewaltprävention/Mobbingintervention i. H. v. 437.120 Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 dauerhaft bei der Stadtkämmerei anzumelden (Finanzpositionen 4591.700.000.2 und 4706.700.0000.4).

4. Das Sozialreferat wird beauftragt, die erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für den Zuschuss zur Ausweitung und Förderung der schulischen Gewaltpräventionsprojekte und Projekte zur Klassengemeinschaft i. H. v. 300.440 Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 und i. H. v. 200.293 Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2024 jeweils einmalig bei der Stadtkämmerei anzumelden (Finanzposition 4591.700.0000.2, Innenauftrag 602900134, Sachkonto 682100).

### **Streetwork**

5. Dem bedarfsgerechten Ausbau im Bereich Streetwork ab 2023 wird zugestimmt.

### **Zuschussmittel Streetwork**

6. Das Sozialreferat wird beauftragt, die erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für den Zuschuss für die Streetwork-Angebote (Personalzuschaltung um 1,0 VZÄ S 12) des Verein für Sozialarbeit e. V. i. H. v. 75.840 Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 bei der Stadtkämmerei dauerhaft anzumelden (Finanzposition 4591.700.0000.2, Innenauftrag 602900133, Sachkonto 682100).

### **Stellenbedarf Streetwork**

#### **7. Personalkosten**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die Einrichtung von insgesamt 2,0 VZÄ und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft ab 2023 erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 151.680 Euro entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen bei den Ansätzen der Personalauszahlungen im Rahmen der regulären Haushaltsplanaufstellung der Folgejahre beim Kostenstellenbereich 2026 anzumelden.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamt\*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 40 % des Jahresmittelbetrages.

#### **8. Arbeitsplatzkosten**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die im Jahr 2023 erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für die Arbeitsplatzkosten in Höhe von einmalig 4.000 Euro (einmalige Arbeitsplatzkosten) zusätzlich anzumelden (Finanzposition 4681.650.0000.0).

Das Sozialreferat wird beauftragt, die erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für die laufenden Arbeitsplatzkosten in Höhe von jährlich 1.600 Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 bei der Kämmerei dauerhaft anzumelden (Finanzposition 4681.650.0000.0).

#### **9. Zusätzlicher Arbeitsplatzbedarf**

Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die beantragten Stellen keinen zusätzlichen Büroraumbedarf auslösen.

#### **Stellenbedarf Jugendgerichtshilfe**

##### **10. Personalkosten**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die Einrichtung von insgesamt 4,0 VZÄ und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft ab 2023 erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 304.200 Euro entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen bei den Ansätzen der Personalauszahlungen im Rahmen der regulären Haushaltsplanaufstellung der Folgejahre anzumelden (Kostenstelle 20232510).

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamt\*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 40 % des Jahresmittelbetrages.

##### **11. Arbeitsplatzkosten**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die im Jahr 2023 erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für die Arbeitsplatzkosten in Höhe von einmalig 8.000 Euro (einmalige Arbeitsplatzkosten) zusätzlich anzumelden (Finanzposition 4070.650.0000.9).

Das Sozialreferat wird beauftragt, die erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für die laufenden Arbeitsplatzkosten in Höhe von jährlich 3.200 Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 bei der Kämmerei dauerhaft anzumelden (Finanzposition 4070.650.0000.9).

##### **12. Zusätzlicher Arbeitsplatzbedarf**

Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die beantragten Stellen keinen zusätzlichen Büroraumbedarf auslösen.

## **Stellenbedarf HIPPY**

### **13. Personalkosten**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die Einrichtung von 2,5 VZÄ und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft ab 2023 erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 150.296 Euro entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen bei den Ansätzen der Personalauszahlungen im Rahmen der regulären Haushaltsplanaufstellung der Folgejahre beim Kostenstellenbereich 20224 anzumelden.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamt\*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 40 % des Jahresmittelbetrages.

### **14. Arbeitsplatzkosten**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die im Jahr 2023 erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für die Arbeitsplatzkosten in Höhe von einmalig 5.000 Euro (einmalige Arbeitsplatzkosten) anzumelden (Finanzposition 4070.650.0000.9).

Das Sozialreferat wird beauftragt, die erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für die laufenden Arbeitsplatzkosten in Höhe von jährlich 2.000 Euro im Rahmen der regulären Haushaltsplanaufstellungen 2023 bei der Kämmerei dauerhaft anzumelden (Finanzposition 4070.650.0000.9).

### **15. Zusätzlicher Arbeitsplatzbedarf**

Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die beantragten Stellen keinen zusätzlichen Büroraumbedarf auslösen.

## **Qualifizierung für die im Münchner Modell der Früherkennung und der Frühen Hilfen tätigen Fachkräfte zum Thema Resilienz durch das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“**

16. Die bei der Bundesstiftung Frühe Hilfen angesiedelte und über das Bayerische Landesjugendamt beantragte Qualifizierungsmaßnahme wird zur Kenntnis genommen. Durch diese Qualifizierungsmaßnahme sind der Stadt keine zusätzlichen Kosten entstanden.

## **Stellenbedarfe Kinder- und Jugendschutz (Medienkonsum)**

### **17. Personalkosten Kinderschutz**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die Einrichtung von 1,0 VZA und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft ab 2023 erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 89.520 Euro entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen bei den Ansätzen der Personalauszahlungen im Rahmen der regulären Haushaltsplanaufstellung der Folgejahre anzumelden (Kostenstelle 20200060).

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamt\*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 40 % des Jahresmittelbetrages.

### **18. Arbeitsplatzkosten Kinderschutz**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die im Jahr 2023 erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für die Arbeitsplatzkosten in Höhe von einmalig 2.000 Euro (einmalige Arbeitsplatzkosten) und die erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für die laufenden Arbeitsplatzkosten in Höhe von jährlich 800 Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 bei der Kämmerei dauerhaft anzumelden (Finanzposition 4070.650.0000.9).

### **19. Zusätzlicher Arbeitsplatzbedarf Kinderschutz**

Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die beantragte Stelle keinen zusätzlichen Büroraumbedarf auslöst.

### **20. Personalkosten Jugendschutz**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die Einrichtung von 0,75 VZÄ und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft ab 2023 erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 56.880 Euro entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen bei den Ansätzen der Personalauszahlungen im Rahmen der regulären Haushaltsplanaufstellung der Folgejahre anzumelden (Kostenstelle 20232310).

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamt\*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 40 % des Jahresmittelbetrages.

#### **21. Arbeitsplatzkosten Jugendschutz**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die im Jahr 2023 erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für die Arbeitsplatzkosten in Höhe von einmalig 1.500 Euro (einmalige Arbeitsplatzkosten) und die laufenden Arbeitsplatzkosten in Höhe von jährlich 600 Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 bei der Kämmerei dauerhaft anzumelden (Finanzposition 4070.650.0000.9).

#### **22. Zusätzlicher Arbeitsplatzbedarf Jugendschutz**

Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die beantragte Stelle keinen zusätzlichen Büroraumbedarf auslöst.

#### **Initiativen für sozialräumliche Gegebenheiten beim Regionalen Netzwerk für soziale Arbeit in München REGSAM: Vernetzung plus Plattform**

23. Der Schaffung einer zusätzlichen, befristeten Moderationsstelle zum Thema „Jugend/Pandemiefolgen mildern“ bei REGSAM wird zugestimmt.

24. Der zweckgebundenen Übertragung der Überdeckung aus dem Vertrag mit REGSAM von S-II-KJF zur Finanzierung der Moderationsstelle wird zugestimmt.

#### **Temporäre regionale Aktionsbudgets**

25. Der Umsetzung der auf fünf Jahre befristeten regionalen Aktionsbudgets pro Sozialregion zur Dämpfung der Folgen der Corona-Pandemie auf Kinder, Jugendliche und Familien wird grundsätzlich zugestimmt und entsprechende Kosten im Eckdatenbeschluss 2023 für das Haushaltsjahr 2024 angemeldet.  
Dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss wird dazu eine mit den beteiligten regionalen Akteur\*innen erarbeitete Konzeption vorgelegt.

#### **Regionale Bildungsprojekte #zusammenstärker und "Taktvoll lernen"**

26. Der Weiterführung des regionalen Bildungsprojekts #zusammenstärker in den Regionen der Sonderpädagogischen Förderzentren (SPF) Süd-Ost und West wird zugestimmt.

27. Der Implementierung des regionalen Bildungsprojekts #zusammenstärker in den SPF-Regionen Süd und Nord-West wird zugestimmt.

28. Das Sozialreferat wird beauftragt, zur Umsetzung des regionalen Bildungsprojekts #zusammenstärker in den SPF-Regionen Süd-Ost, West, Süd und Nord-West Mittel an freie Träger auszureichen.



29. Der Förderung des regionalen Bildungsprojekts „Taktvoll lernen“ wird zugestimmt.
30. Das Sozialreferat wird beauftragt, für diese regionalen Bildungsprojekte (#zusammenstärker und „Taktvoll lernen“) die dauerhaft ab 2023 erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel i. H. v. 125.000 Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 bei der Stadtkämmerei anzumelden (Finanzposition 4070.700.0000.2).
31. Der BA-Antrag Nr. 20-26 / B 03755 des Bezirksausschusses des 22. Stadtbezirkes – Aubing-Lochhausen-Langwied vom 16.03.2022 ist geschäftsordnungsmäßig behandelt.
32. Der Antrag Nr. 20-26 / 03384 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 29.11.2022 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
33. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

**Der Sozialausschuss beschließt:**

**Initiativen für sozialräumliche Gegebenheiten beim Regionalen Netzwerk für soziale Arbeit in München REGSAM: Vernetzung plus Plattform**

1. Es wird zugestimmt, dass der dargestellte Bedarf unter Ziffer 3.2 unplanbar und unabweisbar gem. Art. 69 Abs. 1 Nr. 1 GO ist.
2. Der Schaffung einer zusätzlichen, befristeten Moderationsstelle zum Thema „Jugend / Pandemiefolgen mildern“ bei REGSAM wird zugestimmt.
3. Der zweckgebundenen Übertragung der Überdeckung aus dem Fortschreibungszeitraum 2019 - 2021 des Vertrags mit REGSAM von S-GL-SP in den Folgezeitraum 2022 - 2024 gem. § 9 Abs. 2 Muster-Vertrag zur Finanzierung der Moderationsstelle wird zugestimmt.

**Zuschussmittel Präventive Arbeit mit sexuell grenzverletzenden Jungen\***

4. Der Förderung der Beratungsstelle KIBS des Trägers Kinderschutz e. V. zur Übernahme einer neuen Aufgabe zu Prävention von sexuell grenzverletzendem Verhalten für Jungen\* unter 14 Jahren wird zugestimmt.

5. Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel in Höhe von 243.726 Euro für das Beratungsangebot der Beratungsstelle KIBS beim Kinderschutz e. V. im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 dauerhaft bei der Stadtkämmerei anzumelden (Finanzposition 4706.700.0000.4, Innenauftrag 602900141, Sachkonto 682100).
6. Der Antrag Nr. 20-26 / 03382 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 29.11.2022 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
7. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

**DIE LINKE.**

**Die PARTEI**

**Stadtratsfraktion München**

An den Oberbürgermeister  
Herr Dieter Reiter  
80331 München

München, 29. November 2022

### **Stärken von Strukturen und Einrichtungen zur Gewaltprävention III – Auswirkungen der Pandemie dämpfen**

Das Sozialreferat wird beauftragt, dem Stadtrat noch in diesem Jahr folgende Beschlüsse für den Haushalt 2023 vorzulegen:

Erweiterung von Gewaltpräventionsprojekten und Projekten, die die Klassengemeinschaft stärken:

- „Mobbingcoach“, „Konfliktbehandlung an Schulen“, INKOMM, Heroes, „Komm wir finden eine Lösung“, KISKO, PIBS, AGFP und Zora
- Gewaltprävention und Stärkung der Klassengemeinschaft im Kontext Flucht aus der Ukraine
- Ausbau der Streetwork und Ausbau der Jugendgerichtshilfe

Belastete Familien stärken; u.a. durch Qualifizierung der Frühen Hilfe zum Thema Resilienz sowie des Kinder- und Jugendschutzes zum Thema Medienkonsum:

- Qualifizierung für die im München Modell der Früherkennung und Frühen Hilfen tätigen Fachkräfte zum Thema Resilienz durch das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“
- Ausbau des Präventionsprogrammes HIPPY

Die Regionale Vernetzung wieder auf- und ausbauen: Unterstützung des Engagements von Jugendlichen für Gleichaltrige, der Vernetzung von REGSAM, von temporären Aktionsbudgets und von ausgewählten Bildungsprojekten, wie z.B. #zusammenstärker und „Taktvoll lernen“

### **Begründung**

In zahlreichen Studien bekommen wir bestätigt, was wir seit 2 Jahren bereits vermuten: Konflikte, Mobbing und Gewalt unter Kindern und Jugendlichen haben stark zugenommen. Die bisherigen Kapazitäten der Jugendträger stehen in keinem Verhältnis zum drastisch gestiegenen Bedarf. Wenn wir jetzt nicht umgehend Heilungsprozesse installieren, zahlen wir in ein paar Jahren eine (dann massive ansteigende) Rechnung dafür.

**Initiative:**  
Stadtrat Thomas Lechner

**Gezeichnet:**  
Stadtrat Stefan Jagel  
Stadträtin Marie Burneleit  
Stadträtin Brigitte Wolf

**Stadtratsfraktion**  
**DIE LINKE. / Die PARTEI**  
dielinke-diepartei@muenchen.de  
Telefon: 089/233-25 235  
Rathaus, 80331 München

**DIE LINKE.**

**Die PARTEI**

**Stadtratsfraktion München**

An den Oberbürgermeister  
Herr Dieter Reiter  
80331 München

München, 29. November 2022

### **Stärken von Strukturen und Einrichtungen zur Gewaltprävention I – Junge Menschen**

Das Sozialreferat wird beauftragt, dem Stadtrat die folgenden Beschlüsse im Jahr 2022 für den Haushalt 2023 vorzulegen:

- Innovationsorientierte und präventive Arbeit mit sexuell grenzverletzenden Jungen\* bis 13 Jahre (KIBS) (Punkt 202 EDB)
- „Platz da für Mädchen\* und junge Frauen“ (Punkt 222 EDB)
- Geschlechtsspezifische Schulprojekte bei Amanda und Goja ausbauen (Punkt 233 EDB)

### **Begründung**

Gerade bei der Gewaltpräventionsarbeit für junge Menschen sollte nicht eingespart werden. Jeder frühzeitig investierte Euro in die Prävention von Gewalt spart auf lange Sicht Ausgaben für Gewaltschutz, Sanktionen und ähnliches. Demnach ist die Investition in Gewaltprävention nachhaltiges und vor allem soziales Wirtschaften.

Angesichts der sozialen Probleme und Herausforderungen, die in der Coronakrise für junge Menschen entstanden sind, braucht es gut ausgestattete Einrichtungen und Strukturen im Bereich Gewaltprävention. Gerade weil viele dieser Probleme nicht früh genug von der Stadt erkannt wurden und hier zu spät reagiert wurde. Es ist jetzt unabdingbar diese Strukturen und Einrichtungen durch entsprechende Mittel für den Haushalt im Jahr 2023 zu stärken, damit diese gute Arbeit leisten können.

**Initiative:**  
Stadtrat Thomas Lechner

**Gezeichnet:**  
Stadtrat Stefan Jagel  
Stadträtin Marie Burneleit  
Stadträtin Brigitte Wolf

**Stadtratsfraktion**  
**DIE LINKE. / Die PARTEI**  
dielinke-diepartei@muenchen.de  
Telefon: 089/233-25 235  
Rathaus, 80331 München